



Antrag

der Fraktion der FDP

Europa unbedingt und mit voller Energie

Der Landtag wolle beschließen:

"Der Beitrag, den ein organisiertes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen." Dieser Auszug aus der Schumann-Erklärung vom 09. Mai 1950 steht sinnbildlich für die Erfolgsgeschichte der heutigen Europäischen Union, die den Menschen in den Mitgliedstaaten und damit auch in Schleswig-Holstein Frieden, Freiheit, Sicherheit, Fortschritt und Wohlstand gebracht hat und muss zugleich unveränderter Maßstab für heutiges Regierungshandeln sein. Innerhalb des europäischen Schengen-Raumes der Freizügigkeit können etwa 450 Millionen Menschen ungehindert reisen, über Ländergrenzen hinweg lernen, ohne Barrieren im Ausland arbeiten und ihren Lebensmittelpunkt selbst bestimmen. Die einzigartige Erfolgsgeschichte der Europäischen Integration prägt den Alltag und das Zusammenleben aller Menschen in sämtlichen Lebensbereichen. Die Errungenschaften der Europäischen Union sind allerdings keine Selbstverständlichkeit und gerade in Anbetracht vielfältiger Herausforderungen müssen sie verteidigt und weiterentwickelt werden. In der laufenden Amtszeit der Europäischen Kommission bestimmten und bestimmen teilweise gleichzeitig wirkende Ereignisse wie die Corona-Pandemie, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und zuletzt der terroristische Angriff der Hamas auf Israel das politische Handeln der EU-Institutionen in besonderer Intensität. Zudem

bestehen drängende Herausforderungen hinsichtlich der Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs und des wirtschaftlichen Wachstums im digitalen Zeitalter sowie der Migration und des Klimawandels.

Schleswig-Holstein profitiert mit seiner Grenzregion in vielen Bereichen von der Europäischen Integration. Die Zusammenarbeit mit Dänemark wurde in der Vergangenheit weiter gestärkt - sie ist ein sichtbares Zeichen und gelebte Realität der europäischen Idee.

Europa hat das Potential und die Verpflichtung, einen wichtigen internationalen Beitrag zur Bewältigung der gegenwärtigen Krisen zu leisten. Gleichzeitig ist ein starkes, geeintes Europa in der Lage, aus diesen Krisen gestärkt hervorzugehen.

Die Europäische Union der Zukunft benötigt dafür auch einen Schub der Entbürokratisierung und einen konsequenten Abbau von Regulierungen, nicht zuletzt, um sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren zu können und um das vorhandene Potential für ein geeintes, friedliches und freies Europa der Bürgerinnen und Bürger voll auszuschöpfen.

Europa steht im Juni 2024 vor einer entscheidenden Wahl, die die Zukunft des Kontinents maßgeblich beeinflussen wird.

Der Landtag bekennt sich zu den Errungenschaften der Europäischen Union und unterstreicht den notwendigen Reformbedarf.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich sowohl subsidiär auf Landesebene, im Rahmen der Zusammenarbeit von Bund und Ländern als auch über die Mitwirkungsmöglichkeiten im Ausschuss der Regionen insbesondere einzusetzen für:

- eine stärkere Abstimmung europäischer Berufsausbildungs- und Schulsysteme für eine hindernisfreie Bildungsmobilität
- ein harmonisiertes europäisches Fachkräfteeinwanderungsrecht, z.B. in Form eines Zwei-Säulen-Systems basierend auf der "Blue Card" und einem punktebasierten "Express-Entry-System" nach kanadischem Vorbild

- eine Weiterentwicklung des European Innovation Council zur Förderung bahnbrechender Innovationen
- eine europäische Venture-Capital-Verordnung, die bessere Rahmenbedingungen für Wagniskapital schafft und Abwanderungen aus der EU verhindert
- eine Trendwende zu einem wirksamen Bürokratieabbau für die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und als Motor für Wachstum und Wohlstand
- die konsequente Reduzierung von Bürokratielasten bei neuen Regulierungen im doppelten Umfang - "One in, two out"-Regel
- die konsequente Umsetzung von EU-Anforderungen, ohne die Übererfüllung von EU-Mindeststandards - "Gold Plating"
- die Verknüpfung von Gesetzen und Verordnungen mit konkreten Ablaufdaten - "Sunset-Klausel"
- eine Modernisierung der EU-Entsenderichtlinie für eine vereinfachte Erbringung von Dienstleistungen über Ländergrenzen hinweg
- den Ausbau des Schutzes von Kritischen Infrastrukturen unter Einbindung einer EU-Investitionskontrolle für ausländische Direktinvestitionen
- die Reduzierung von riskanten Abhängigkeiten kritischer Güter durch regelmäßige Abhängigkeits-Stresstests der EU-Kommission.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion